

So populär war Wissenschaft selten wie in diesen Monaten. Angesichts der weltweiten Bedrohung durch das neuartige Coronavirus wollen nicht nur Medien und öffentliche Meinung, sondern auch die Politik von der Forschung wissen, wie gefährlich das Virus ist, welche Maßnahmen Erfolg versprechen und welche Perspektiven wir haben. Die Hochkonjunktur wissenschaftlicher Politikberatung bringt eine alte Frage zu neuer Geltung:



Dagmar Simon war langjährige Leiterin der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik am WZB und ist jetzt Gast der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung. Sie ist Geschäftsführerin von EVACONSULT – Evaluierung, Forschung und Beratung. (Foto: David Ausserhofer)

dagmar.simon@wzb.eu

Andreas Knie ist Professor für Soziologie an der TU Berlin und Co-Leiter der Forschungsgruppe „Digitale Mobilität“ und gesellschaftliche Differenzierung am WZB. (Foto: David Ausserhofer)

andreas.knie@wzb.eu

Andreas Knie und Dagmar Simon: „Wissenschaft und Politik stehen gemeinsam in der Verantwortung“

Was meinen wir, wenn wir von Politik sprechen? Natürlich, Volksvertreter*innen diskutieren und beschließen Gesetze, und die Exekutive setzt sie um. Darüber hinaus findet Politik aber auch tagtäglich in der Wissenschaft statt. Wissenschaftler*innen sind keine politisch interessenslosen Wesen. Sie betreiben in und für Forschungsförderorganisationen und auch in Ministerien und Verwaltungen Politik.

Die Wissenschaft ihrerseits differenziert sich zunehmend stärker aus: Es wird disziplinär geforscht und im Peer Review validiert, aber parallel arbeiten Wissenschaftler*innen zunehmend mit Wissensträgern aus anderen gesellschaftlichen Bereichen wie etwa der Politik, Wirtschaft oder Zivilgesellschaft zusammen, um nicht nur theoretisch schlüssige und von den Peers akzeptierte, sondern auch gerade für komplexe Problemlagen praktisch umsetzbare Lösungsvorschläge zu entwickeln. Dies geschieht unter anderem in sogenannten Reallaboren, Experimentierräumen, Kommissionen oder auch ganz informell. Ganz bewusst werden Grenzen überschritten und neue Formen der Gemeinschaftsproduktion von Wissen und Erkenntnissen gesucht und gefunden. Ob es die Gesundheits- und Finanz-, Energie- oder Verkehrspolitik ist – ohne solche konzertierten Aktionen entstehen heute in der Regel keine Gesetze oder Verordnungen mehr, werden keine Zulassungen oder Marktordnungen definiert. Die Resultate sind immer das Ergebnis aus wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischer Abwägung.

Natürlich wird wissenschaftliches Wissen erst dann zur Wissenschaft, wenn es die Peers, also die akademischen Kollegen, anerkennen. Impact, gesellschaftliche Wirksamkeit, aber entsteht erst dann, wenn das Wissen als Gemeinschaftsarbeit unterschiedlicher Bereiche produziert wird. Dabei findet gleichzeitig eine Verwissenschaftlichung der Politik sowie eine Politisierung der Wissenschaft statt. Wissenschaft war und ist damit immer ein Teil des Ganzen – also der Gesellschaft.

Wie verhalten sich Wissenschaft und Politik zueinander?

Mitja Sienknecht und Antje Vetterlein: „Politik muss von der Politik gemacht werden“

Spätestens wenn Virolog*innen auf Transparenten aufgefordert werden, ihre Ämter niederzulegen, wird klar, dass der Wissenschaft politische Macht zugeschrieben wird – die sie jedoch gar nicht besitzt.

Der Soziologe Niklas Luhmann argumentierte, unterschiedliche gesellschaftliche Systeme erfüllten verschiedene Funktionen. Die Politik trifft kollektiv verbindliche Entscheidungen und übernimmt politische Verantwortung, die Wissenschaft gewinnt Erkenntnisse und strebt nach Wahrheit. Die Kommunikation innerhalb der Systeme ist dabei durch binäre Codes organisiert: Macht/Ohnmacht im politischen System, Wahrheit/Unwahrheit im Wissenschaftssystem. Politiker*innen streben nach Macht, Wahrheit dagegen spielt in der Politik normalerweise keine dominante Rolle. Es sind zwei unabhängige Systeme, die allerdings in Form von wissenschaftlicher Beratung in Austausch treten können.

Und gerade in Krisensituationen gewinnt Politikberatung an Bedeutung. Politiker*innen sind auf die Ergebnisse der Forschung von Wissenschaftler*innen angewiesen, um informierte Entscheidungen treffen zu können. Aber wenn Virolog*innen im Diskurs um die Pandemie eine besonders prominente Rolle einnehmen, treffen sie doch keinesfalls die Entscheidungen; sie beraten und beziehen dabei, basierend auf den Ergebnissen ihrer Studien, auch Position. Verantwortlich hingegen sind sie lediglich dem Wissenschaftsethos, nicht aber einer Wählerschaft. Es ist an der Politik, sich durch die Berücksichtigung verschiedener Forschungsergebnisse, und nicht zuletzt durch den Einbezug anderer am Diskurs beteiligter Interessenlagen, eine begründete Meinung zu bilden, die sie gegenüber der Bevölkerung verantworten kann. Politik und Wissenschaft sind zwei autonom operierende Funktionssysteme, die in einer Krisensituation wie der gegenwärtigen zwar enger aneinanderrücken, aber weiterhin unterschiedlichen Funktionslogiken folgen. Wissenschaft ist immer Teil des Ganzen, aber eben Teil der Gesellschaft und nicht der Politik



Mitja Sienknecht (links) forscht an der Universität Münster und am WZB. Ihr Argument haben sie ausgeführt in der Neuen Zürcher Zeitung vom 3. Juni 2020 „Wissenschaftliche Wahrheit und politische Verantwortung“. (Foto: David Ausserhofer)

mitja.sienknecht@wzb.eu

Antje Vetterlein ist Professorin für Global Governance an der Universität Münster und Associate Professor an der Copenhagen Business School. (Foto: privat)

antjevetterlein@uni-muenster.de

Ihr Argument haben die Autorinnen in der Neuen Zürcher Zeitung vom 3. Juni 2020 ausgeführt: „Wissenschaftliche Wahrheit und politische Verantwortung“.